

PM: Bildungs-Flickenteppich zementiert: fzs warnt vor Rückzug des Bundes aus der Hochschulverantwortung

Berlin, 20.10.26

Anlässlich der Beratung des Gesetzentwurfs zur Bereinigung des Hochschulrechts im Deutschen Bundestag kritisiert der **freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs e.V.)** die **endgültige Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes (HRG)** scharf. Was die Bundesregierung als bürokratischen Aufräumprozess tarnt, besiegelt den geordneten Rückzug des Bundes aus der Mitverantwortung für einen gerechten Hochschulraum.

Der fzs sieht in dem Schritt die gesetzliche Zementierung eines strukturellen Mangels, der seit der Föderalismusreform 2006 die **Rechtszersplitterung** vorantreibt. Ob ein Studium gelingt, ist **zunehmend vom Studienort** abhängig. Das ist bedingt durch ungleiche Regeln bei Prüfungsversuchen, Anwesenheitspflichten und Nachteilsausgleichen ebenso wie den Abbau von Gleichstellungsstandards. Auch der gebührenfreie Bildungszugang wird nicht garantiert: Dass an ersten Standorten bereits Studiengebühren für internationale Studierende eingeführt wurden, beweist, dass die soziale Öffnung der Hochschulen zunehmend wirtschaftlichen Interessen geopfert wird.

Katharina Rummenhölter, fzs Vorstandsmitglied fordert ein Umdenken:

„Gute Studienbedingungen und lebendige Demokratie am Campus dürfen kein Privileg des Wohnorts sein. Wenn Bundesländer studentische Mitspracherechte abbauen und Gleichstellung zur Nebensache degradieren, braucht es eine starke Gegenmacht auf Bundesebene. Wir benötigen verlässliche Mindeststandards als Schutzschild, um die Errungenschaften der studentischen Teilhabe auch gegen reaktionäre politische Strömungen abzusichern. Der Bund darf sich hier nicht einfach aus der Affäre ziehen.“



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tjark-Hagen Kandulski,
Mathis Lorenzen,
Katharina Rummenhölter



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tjark-Hagen Kandulski,
Mathis Lorenzen,
Katharina Rummenholler

Die im **Entwurf verankerte Einfrierung der HRG-Bezüge im BAföG bis Ende 2027** bewertet der fzs als reinen Selbstschutz des Gesetzgebers. Die Maßnahme ist eine **zwingend notwendige Notbremse**, die verhindert, dass die finanzielle Planungssicherheit bei der Förderungshöchstdauer und der Auslandsmobilität für tausende Studierende über Nacht wegbricht. Sie ist reine Schadensbegrenzung, und das ist kein politischer Erfolg.

Kritik äußert ebenfalls **Maximilian Wimmer**, fzs-Referent für gute Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen:
„Die Bundesregierung betreibt hier Kosmetik, während das Fundament erodiert. Wir fordern eine aktive Bundeshochschulpolitik, die Grundrechte für Studierende sichert. Universitäten sind Räume der Öffentlichkeit – sie dürfen nicht zu kommerziellen Marken verkommen. Anstelle von Ökonomisierung und Sparzwängen brauchen wir jetzt eine radikale Stärkung der studentischen Mitbestimmung in allen Gremien.“

Rückfragen können gestellt werden an:

Katharina Rummenholler, fzs-Vorstand:
+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Maximilian Wimmer, fzs-Referent für gute Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen maximilian.wimmer@fzs.de